

**Antrag 110/II/2023****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Semesterticket und Auszubildenden-Ticket der bundesweiten ÖPNV-Kostenreduzierung gerecht, sozialverträglich und räumlich anpassen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-  
2 hauses und des Senats werden dazu aufgefordert, sich für  
3 die Einführung eines für Studierende und Auszubildende  
4 subventioniertes 19-EUR-Deutschlandticket einzusetzen.  
5 Eine Fahrradmitnahme für den Tarifbereich ABC ist zu ge-  
6 währleisten.

7  
8 Die Einführung des Tickets soll zum Wintersemester 2023  
9 angestrebt werden, spätestens aber zum Beginn des Som-  
10 mersemester 2024 erfolgen.

11  
12 Über diese kurzfristige und als Zwischenlösung ge-  
13 dachte „Berliner Lösung“ hinaus fordern wir die sozial-  
14 demokratischen Mitglieder des Bundestages dazu auf,  
15 sich für ein bundesweites gültiges Studierenden- und  
16 Auszubildenden-Ticket auf Sozialticket-Niveau einzuset-  
17 zen.

**18 Begründung**

19 Mit der bundesweiten Reduzierung des ÖPNV durch das  
20 49 EUR-Deutschlandticket ist das bisherige Semesterti-  
21 cket im Rahmen des Solidarmodells akut gefährdet.

22  
23

24 Die preisliche Differenz zwischen Semesterticket und dem  
25 49 EUR-Ticket fällt sehr viel geringer aus als vor der bun-  
26 desweiten Tarifsenkung. Darüber hinaus ist das 49 EUR-  
27 Ticket im Gegensatz zum VBB-Semesterticket nicht räum-  
28 lich begrenzt.

29

30 Gleichzeitig leiden insbesondere Studierende und Auszu-  
31 bildende unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten,  
32 den erhöhten Mieten und einer weiterhin hohen Inflati-  
33 on. So lebt nach einer Auswertung des Paritätischen Wohl-  
34 fahrtsverbands aus dem Jahr 2022 fast jede:r dritte Studie-  
35 rende unterhalb der Armutsschwelle.

36

37 Ein aktuelles Rechtgutachten, das von der Studierenden-  
38 schaft der TU Dortmund in Auftrag gegeben wurde, macht  
39 deutlich, dass auf Grundlage der Rechtsprechung des  
40 BVerwG „mit der Einführung des 49 EUR-Tickets die Recht-  
41 fertigung des Semestertickets neu aufgeworfen ist“ und  
42 damit „das Semesterticket durchaus von Gerichten in Fra-  
43 ge gestellt werden kann“.

44

45 Aus diesen Gründen haben zum Wintersemes-  
46 ter 2023 bereits 8 der 39 Hochschulen einer VBB-  
47 Vertragsverlängerung zum Semesterticket nicht zu-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-  
hauses und des Senats werden dazu aufgefordert, sich  
für die Einführung eines für Studierende und Auszubil-  
dende subventionierten Ticket deutlich unter den bisheri-  
gen Semestertickets für Berlin und Brandenburg oder ein  
vorgezogenes *mindestens* 29-Euro-Deutschlandticket für  
Studierende zum kommenden Wintersemester 2023 ein-  
zusetzen.

Eine Fahrradmitnahme für den Tarifbereich ABC ist zu ge-  
währleisten.

Über diese kurzfristige und als Zwischenlösung ge-  
dachte „Berliner Lösung“ hinaus fordern wir die sozial-  
demokratischen Mitglieder des Bundestages dazu auf,  
sich für ein bundesweites gültiges Studierenden- und  
Auszubildenden-Ticket auf Sozialticket-Niveau spätes-  
tens zum Sommersemester 2024 einzusetzen.

48 gestimmt. Für die restlichen 31 Hochschulen läuft die  
49 Vertragsverlängerung mit Beginn des Sommersemesters  
50 2024 aus. Eine VBB-Vertragsverlängerung über diesen  
51 Zeitpunkt hinaus wird auch mit der Einführung eines  
52 regulären Berliner 29-EUR-Deutschlandticket äußerst  
53 unwahrscheinlich. Gleichzeitig ist mit der Einführung  
54 eines Berliner 29-EUR-Tickets eine zusätzliche Rabattie-  
55 rung für Auszubildende und Studierende aus Perspektive  
56 einer gerechten, sozialverträglichen Kostenbelastung von  
57 Nöten.

58 Auch in anderen Bundesländern wird ein für Auszubilden-  
59 de und Studierende rabattiertes Deutschlandticket aktu-  
60 ell diskutiert. Bayern führt beispielsweise zum 1. Septem-  
61 ber 2023 ein 29-EUR-Deutschlandticket für Studierende,  
62 Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ein, das  
63 mit dem gleichzeitig eingeführten 1-EUR-Fahrradticket er-  
64 gänzt werden kann.

65

66 Die aktuelle Diskussion auf Bundesebene über ein bun-  
67 desweites rabattiertes Semesterticket ist mit der Konzep-  
68 tionierung und Einführung einer „Berliner Lösung“ zu be-  
69 achten, allerdings ist aktuell völlig unklar, wann und ob  
70 überhaupt eine bundesweite Lösung umsetzbar sein wird.

71

72 Das Semesterticket im bisherigen Rahmen des Solidarmo-  
73 dells steht also vor dem Aus, was den akuten Handlungs-  
74 bedarf für Berlin deutlich erhöht. Der Weg eines einheitli-  
75 chen und sozialverträglich reduzierten Tickets für Studie-  
76 rende und Auszubildende ist angesichts der Gesamtlage  
77 sinnvoll und notwendig.